

Wien, 10. September 2020

An die  
Bezirksvorstehung und Bezirksvertretung des 11. Bezirks  
Enkplatz 2  
1110 Wien

## **Resolution für die Errichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle betreffend Polizeigewalt**

Die unterzeichnenden Bezirksräte\*innen der Grünen Simmering stellen für die Bezirksvertretungssitzung am 16. September 2020 folgenden

### **Resolutionsantrag**

Die Bezirksvertretung Simmering begrüßt die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle betreffend Polizeigewalt bzw. zur unabhängigen Untersuchung von Misshandlungsvorwürfen.

### **Begründung**

Bei einer Klima-Demonstration im Mai des letzten Jahres werden einem bereits in Bauchlage fixierten und damit quasi bewegungsunfähigem Teilnehmer der Demonstration neun heftige Schläge gegen den Oberkörper versetzt. Auf der selben Kundgebung wird ein mit den Händen am Rücken gefesselter Teilnehmer mit dem Kopf unter einem Polizeiwagen fixiert und als der Wagen losfährt, erst im aller letzten Moment hervorgezogen und zur Seite gerissen.

Rund ein Jahr später wirft ein Polizist einen Teilnehmer einer Fahrrad-Demonstration aus dem vorbeifahrenden Auto heraus mit einem gezielten Fußtritt vom Fahrrad. Fußtritte eines Polizeibeamten musste auch ein weiterer – am Boden sitzender – Teilnehmer der Demonstration einstecken.

In einem Spiellokal wird ein 28-jähriger auf äußerst brutale Weise von zwei Beamten verprügelt, während derer sechs Kolleg\*innen ohne einzuschreiten nur teilnahms- und tatenlos zusehen. Besonders perfide an dieser Situation ist, dass im Nachhinein gegen das Opfer der Polizeigewalt wegen Verleumdung ermittelt wurde, da der 28-jährige über die Polizeigewalt berichtet hatte und durch das Spital, welches ihn aufgrund der Verletzung behandelte, Anzeige erstattet wurde. Wegen Verleumdung – also jemanden fälschlicherweise eines strafbaren Verhaltens zu bezichtigen – wurde gegen das Opfer ermittelt, da die anwesenden Beamt\*innen allesamt aussagten, dass keine Übergriffe stattgefunden hätten.

Diese exemplarisch angeführten Fälle haben alle eine Gemeinsamkeit: Ohne die Veröffentlichung des Bildmaterials der Polizeigewalt wären erstens die Betroffenen der

**DIE GRÜNEN****Grüne Alternative Simmering**

Gottschalkgasse 11/6, 1110 Wien

Web: [simmering.gruene.at](http://simmering.gruene.at)E-Mail: [simmering@gruene.at](mailto:simmering@gruene.at)

Übergriffe im Nachhinein auch noch (bspw. wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt) bestraft worden und Konsequenzen – so es sie überhaupt gegeben hat – für die beteiligten Polizist\*innen wären ausgeblieben.

Eine vom Ministerium für Justiz 2017 in Auftrag gegebene Studie (<https://www.justiz.gv.at/file/2c94848a66ede49101671cc760ff1142.de.0/ales%20studie%20endfassung%20nov18.pdf?forcedownload=true>) untersuchte 1518 bei der Staatsanwaltschaft angezeigte Misshandlungsvorwürfe zwischen 2012 und 2015. Das erschreckende Ergebnis zeigt, dass davon lediglich sieben gerichtsanhängig wurden und es zu keiner einzigen Verurteilung kam.

Der Staat beansprucht das Gewaltmonopol für sich und entsprechend viel Macht kommt der damit betrauten Behörde, im konkreten Fall der Polizei, zu. Einer derartigen Machtfülle muss aber auch eine adäquate Kontrollinstanz gegenüberstehen. Die Notwendigkeit einer entsprechenden Kontrollinstanz zeigt sich insbesondere daran, dass bisherige Versuche, polizeiinterne Kontrollmechanismen an fehlender Haltung und Mut zur Courage, sowie einem jegliche Kritik unterdrückenden Korpsgeist, dessen Funktion offensichtlich der Schutz von Gewalttäter\*innen in Uniform zu sein scheint, fundamental gescheitert sind.

Gegenteilig zeigen sich vermehrt die Ausbreitung einer rechtsextremen Gesinnung innerhalb der Polizei. 2019 wurde gegen fünf Beamten wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung ermittelt, ein Beamte in Graz nennt seinen Hund „Adolf“ und seine Kollegin schickt ihm ein Hitlerbild mit dem Aufdruck: "Du bist lustig, dich vergas' ich als letzten". Aus dem Umfeld jener Polizeiinspektion, zeigen deren Kolleg\*innen gleichzeitig Menschen, die nach einer Häufung antisemitischer Angriffe auf eine Synagoge und den Präsidenten der Jüdischen Gemeinde Graz eine Mahnwache abgehalten haben, an.

Die Polizei zeigt seit Jahren, dass sie nicht willens oder fähig ist, Polizeigewalt und Übergriffe in den Griff zu bekommen. Daher ist es höchst an der Zeit, dies an eine externe unabhängige Behörde zu übergeben, die auch die notwendige Kompetenz besitzt, Sachverhalte aufzuklären und entsprechende Konsequenzen zu setzen.

**Mag. a Verena Kroboth**  
Bezirksrätin – Die Grünen

**Patrick Zöchling**  
Bezirksrat – Die Grünen